

Freiecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 225.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 226.

Der „Freiecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonntagen und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Hohenzollernstraße 20, nach die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.20. Monatslich 35 Pfg. Postzusatz 10 Pfg. 1903, 6. Nachtig.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierspaltigen Zeilen über deren Raum 15 Pfg., für die vierspaltigen Zeilen über deren Raum 10 Pfg., anständige Anzeigen 20 Pfg. In der Expedition abgeholt werden.

Nr. 187.

Sonntag, den 13. August 1903.

10. Jahrgang.

Siehe eine Beilage.

Die natürliche Stütze.

Pius X. hat in seiner Ansprache an das diplomatische Korps betont, daß die Kirche „die natürliche Stütze der Souveräne, Regierungen und Gesetze“ sei. In diesen paar Worten tritt schon die Thorheit der Phantasien vom „religiösen“ Papst im Gegensatz zum „politischen“ hervor. Was hätte eine Kirche, die nichts als die Vereinigung der Gläubigen sein soll, mit den Herrschafts- und Rechtsorganismen zu thun, die diese Gläubigen zur Ordnung ihrer weltlichen Interessen geschaffen haben? Heißt es nicht, die Kirche aus der ewigen Sphäre der Religion in die der zeitlichen Machtkämpfe der einzelnen und der Klassen herabziehen, wenn man sie zu einer Stütze, zu einem dienenden Glied geschichtlicher Herrschaftssysteme bestimmt? In unaufhörlichen Kämpfen um die Macht vollzieht sich die Entwicklung der Menschheit. Völker, Klassen, Parteien sterben ab, jüngerer, lebenskräftigere treten an ihre Stelle, eine neue Zeit gebiert neue politische und soziale Ideen, die nach dem Siege streben — das Oberhaupt der Kirche aber stellt sich auf die Seite der Herrschenden, ohne nach Recht und Unrecht ihrer Herrschaft zu fragen; es bietet ihnen die aus religiösem Vertrauen erwachsene Macht, die die Kirche über große Massen ihrer Angehörigen besitzt, zur Verwendung für egoistische, weltliche Zwecke an.

Eine natürliche „Stütze“ soll die Kirche für die Herrscher und die Regierungen sein. Nun, sie war es nicht immer. Es giebt kein Land in Europa, in dessen Geschichte nicht die heftigste, vor Aufruhr und Verschwörung nicht zurückschreckende Feindschaft des Papsttums gegen das nationale Königtum verzeichnet stünde. Hat nicht die „natürliche Stütze“ im Mittelalter gegen das römische Kaiserthum deutscher Nation rebelliert, im späteren nicht Frankreichs vierter Heinrich, Englands Elisabeth Lüdischer Gefangenschaft von Päpsten ausgeht gewesen? Die Kirche hat sich auch nicht gekümmert, gegen die Herrschenden gelegentlich die Massen anzubieten, die ihr ergeben waren. Meritale Revolutionen hat es kaum weniger gegeben als keiserliche und ungläubige. Seit der großen Erlichen Revolte des deutschen Kulturkampfes ist kaum ein Vierteljahrhundert verfloßen. Wenn also die Kirche wirklich die „natürliche Stütze“ der Regierungen wäre, hätten sich die Päpste gar oft gegen die Natur vergangen!

Aber Pius X. spricht nur von den heutigen Regierungen und Souveränen. Lassen wir also die Vergangenheit und betrachten wir, wie seltsam bunt die Menge der Ordnungen ist, zu deren Schatz sich die Kirche durch seinen Mund für berufen erklärt. Die Kirche will alle Staatsordnungen und ihre Repräsentanten stützen, also die konservative Monarchie wie die radikale Republik, den Herrscher, den keine Verfassung bindet, wie den Präsidenten, sie fragt nicht nach Alter, Herkunft und Beschäftigung der Ordnungen, denen sie ihre Autorität leiht. Sie wirbt um die Gunst der guten und der schlechten, der vom Volke geachteten und der von ihm verwünschten, der aus der Revolution und der aus der Tradition erwachsenen, ja sogar der liberalen wie der konservativen Regierungen. Sie bietet sich allen an, die eben die Macht in Händen haben.

Man sieht, es ist ein recht weiter Weg vom Stifter der Kirche, der den Ohnmächtigen und Bedrückten aufhelfen wollte, bis zu seinem Nachfolger, dessen erste Rede ein vertraulicher Wink an die Herrschenden ist. Die Kirche hätte bei den Mächtigen nichts zu suchen, wenn sie nicht auch irdische Macht anzubieten hätte und wenn sie nicht ein Lausgeschäp höchst materieller Art anstrebte. Der Aufschwung der Wissenschaften und das Eindringen ihrer wichtigsten Erkenntnisse in die Volksmassen gefährden die Aufrechterhaltung der Religion in ihrer engen dogmatischen Auffassung ebenso, wie die fortschreitende Organisation der zum Bewußtsein ihres Rechtes und ihrer Kraft erwachenden, ausgebeuteten Arbeiter dem Staat und der Wirtschaftsordnung des Kapitalismus das Ende ankündigen. Da liegt es nahe, Dienst gegen Dienst zu bieten und dem Klassenstaat als Preis für das Opfer der wissenschaftlichen Erziehung und geistigen Freiheit die Ausbeutung der religiösen Bedürfnisse für die Interessen der herrschenden Klassen vorzuschlagen. Das moderne Programm dieses „politischen“ Papstthums hat Leo XIII. zuerst formuliert. Pius X. folgt ihm nach. Er kann nicht anders, denn zu stark ist schon die Kirche selbst mit den kapitalistischen Machtinteressen verwachsen. Das konfessionelle Dogma als Hüter vor den kapitalistischen Geldschranken, der „Fels Petri“ in ein Fort der politischen Reaktion verwandelt, das ist der merkwürdliche Weisheit letzter Schlus.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Die Reichstagsersatzwahl in Dessau. In einer Vertrauensmännerversammlung der vereinigten Liberalen ist

nummehr der ehemalige Abg. Schrader als liberaler Reichstagskandidat aufgestellt worden.

Nachklänge von der Freiburger Reichstagswahl.
Aus Freiburg i. S., wo bekanntlich Herr Dr. Dertel durchfiel, meldet das „Berliner Tagebl.“: In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gab der Bürgermeister Dr. Blüher die Erklärung ab, daß er gegen zwei Personen, die ihn als Sozialdemokraten beschimpft hätten, Strafantrag gestellt habe. Gleichzeitig erwähnte er, daß die Zeitung „Bund der Landwirthe“ versucht habe, zwei Freiburger Industrielle aus Anlaß der Reichstagswahl in ihrem Erwerbe zu schädigen. Die Stadtverwaltung habe die Pflicht, die Bürger zu schützen und derartigen Maßnahmen entgegenzutreten. Die Stadtverordnetenversammlung nahm darauf einstimmig eine Erklärung an, worin sie den Rath auffordert, sich und einzelne Bürger der Stadt gegen solche Angriffe zu schützen. Von der Königsgedächtnisfeier waren die Anhänger Dertels ostentativ ferngeblieben, weil der als liberal bekannte Bürgermeister Dr. Blüher die Feste hielt. — Die Strafanträge, welche die liberalen Bürgermeister und Stadtverordneten gegen ihre konservativen Gegner stellen, sind nicht gerade ein Zeichen politischer Reife, wenn auch dem Bürgermeister mit dem Ruf „Sozialdemokrat“ eine unverbundene Ehreung zu Theil geworden ist. Bezeichnend ist, daß die Anhänger Dertels es mit ihrer königstreuen Gesinnung vereinbaren konnten, der Königsgedächtnisfeier fernzubleiben, weil dort ein nationalliberaler Führer die Feste hielt. Um die Konservativen hat König Georg eine solche parteipolitische Befangenheit an seinem Namenstage nicht verdient.

Eine humoristische Wendung ist in die nicht gerade erhabende Debatte über den rothen Vizepräsidenten durch die Auslegung gekommen, die das Zentrum dem Bernsteinschen Artikel in der Breslauer „Volksmacht“ angedeihen läßt. In einer durch die gesammte Zentrumspreffe laufenden Korrespondenz heißt es wie folgt:

Nach der Abg. Bernstein ist in der Presse auf die Präsidialfrage zurückgekommen, um seinen Standpunkt gegen die Angriffe Babels zu vertheidigen. In der Breslauer „Volksmacht“ giebt er zunächst einige geschichtliche Erinnerungen. Der Zeremonienmeister Ludwigs XVI. habe den Führer des Sansculottes vorlassen müssen, trotzdem dieser, dem höflichen Brauch zuwider, mit Wändern auf den Schulden und in rundem Hut erschienen sei. Der Besuch Napoléons im Schlosse Ludwig hat nicht bedeutet, daß die Revolution sich vor dem König, sondern daß dieser sich vor der Revolution verbeugte. Bernstein fühlt sich veranlaßt, ausdrücklich zu erklären, daß ihm bei seinen Ausführungen in den „Sozialistischen Monatsheften“ diese Parallele vorgeschmeckt habe, denn, wenn wir in Deutschland auch keine Revolution hätten, so stehe doch auf jeden Fall die letzte Reichstagswahl an demonstrativer Wucht der Wahl zur geschichtlichen Versammlung 1792 wenig nach. Der Abgeordnete Bernstein beleuchtet hiermit seine Forderungen von einer ganz andern Seite, als er es bisher gethan hat. Bis her hat Bernstein die Audienz beim Kaiser als eine Pflicht für die Sozialdemokratie bezeichnet, der sie sich, wenn anders sie in das Präsidium eintreten wolle, nicht entziehen könne, jetzt legt er ihr den Charakter einer Demonstration gegen den deutschen Kaiser bei. Wir halten das vom sozialdemokratischen taktischen Standpunkt aus für sehr ungeschickt, denn wenn die Sozialdemokratie in der Thatnahme an der Kaiseraudienz eine Verbeugung des deutschen Kaisers vor der Sozialdemokratie erblicken will, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Mehrheitsparteien im Reichstag nicht gesonnen sein werden, der Sozialdemokratie durch die Einräumung einer Stelle im Präsidium die Hand dazu zu bieten. Die Sozialdemokratie hat dadurch unseres Erachtens ihre Position in der Präsidialfrage wesentlich verschlechtert. Wenn die Sozialdemokratie offen erklärt, daß es sich um eine Verbeugung des Kaisers vor der Sozialdemokratie handle, so braucht sie sich nicht zu wundern, wenn die Frage, welche in der „Kreuzzeitung“ aufgeworfen wird, ob der Kaiser überhaupt bereit sein werde, ein Präsidium zu empfangen, in welchem ein Sozialdemokrat vorhanden sei, an maßgebender Stelle praktische Bedeutung erhält. Die bürgerlichen Mitglieder des Präsidiums dürfen wohl nicht die Lust verspüren, an einer Aktion der Sozialdemokratie gegen den Kaiser theilzunehmen, wie auch auf der andern Seite die Mehrheitsparteien nicht die Neigung empfinden werden, ihren Präsidenten zur Befriedigung der sozialdemokratischen Demonstration gegenüber dem Kaiser der Gefahr einer Ablehnung der Audienz auszusetzen. Der „Vorwärts“ mag nicht mehr mit der Vermuthung kommen, daß die bürgerlichen Parteien nach einem Grunde suchten, den Sozialdemokraten den Eintritt in das Präsidium zu verwehren. Der Abgeordnete Bernstein hat ihnen unseres Erachtens einen Grund an die Hand ge-

geben, der selbst in den Fraktionen, wo bisher die Neigung bestand, der Sozialdemokratie einen Platz im Präsidium zuzugestehen, nicht ohne Folgen sein kann.

Fast scheint es, als habe Genosse Bernstein sein Kind durch zuviel Liebe erstickt.

Im Ruhrrevier fanden, wie aus Essen berichtet wird, am Sonntag mehr als 20 Bergarbeiterversammlungen statt. Vielfach herrschte große Erregung, z. B. in Gelsenkirchen, wo in letzter Minute der in Aussicht genommene Saal ver sagt wurde und später die Versammlung in einem anderen Saale stattfand. Die Redner sprachen meist über die Herabsetzung der Löhne und die Wurmkrankheit. Die Gelsenkirchener Bergarbeiter erklärte sich bereit, ihren wurmkranken Arbeitern einen Zuschuß zum Krankengelde bis zur vollen Höhe ihres Lohnes zu zahlen.

Ja, wenn er uns aber den Großherzog erschießt?
Also doch ausgewiesen worden ist der Mechaniker Schlegelinger vom badischen Bezirksamt zu Konstanz, dessen Ausweisung unlängst dementiert wurde. Die „Frankf. Ztg.“ meldet darüber: Als wir vor kurzem meldeten, das Bezirksamt habe die Ausweisung des Mechanikers Schlegelinger vorläufig zurückgenommen, da glauben wir, die Herren am grünen Tisch hätten sich eines besseren besonnen. Wir haben uns geirrt. Schlegelinger erhielt heute die Weisung, das „liberale“ Baden dauernd zu verlassen. Der Ausgewiesene gehörte vor 9 Jahren den österreichischen unabhängigen Sozialisten an, und wurde damals in Ungarn wegen politischer Vergehen bestraft. Seit jener Zeit arbeitete er in Norddeutschland, Bayern u. s. w., hielt sich vom politischen Kampfe fern, verkehrte als ehrenwerter und persönlich liebenswürdiger Mensch viel in Bürgerkreisen und ist nichts weniger als staatsgefährlich. Ueber seine Arbeitsleistungen stehen ihm die besten Zeugnisse zur Verfügung. Weßhalb wird er nun von Land zu Land gehetzt? Weil die Polizei ihn für einen Anarchisten hält. Ein hoher Beamter hat es dem Arbeitgeber verrathen, als dieser um Zurücknahme der Ausweisung bat: „Ja, wenn er uns aber den Großherzog erschießt!“ Weßhalb hat die Polizei nun die Ausweisung um einige Tage verschoben? Wir glauben den Grund zu dieser Galgenfrist zu errathen: Schlegelinger hatte offen angegeben, er reise nicht nach Oesterreich, sondern in die Schweiz. Und in der Schweiz war um jene Zeit noch der Großherzog. Jetzt, wo dieser in Karlsruhe oder Heidelberg weilt, jetzt rasch mit dem gefährlichen Schlegelinger in die Schweiz, bevor der Großherzog auf die Mainau kommt. Meint man denn, einem Mann der übrigens leidend ist, eine bessere Gesinnung beizubringen, indem man ihm Arbeit und Brot nimmt? Wir glauben kaum, daß der Landesfürst solche Maßregeln seiner Beamten gutheißen würde. — Wenn selbst ein Blatt, wie die „Frankf. Ztg.“, dem Ausgewiesenen seine Harmlosigkeit attestiert, so ist die brutale Maßregel doppelt zu verurtheilen.

Der Kampf gegen die Konsumvereine. Die Handelskammer zu Göttingen hatte vor einigen Monaten den preussischen Minister ersucht, dahin wirken zu wollen, daß den Konsumvereinen die Vertheilung von Dividenden verboten werde. Gegen diesen Antrag hat darauf die Handelskammer zu Lüdenscheid in einer ausführlichen Eingabe Einpruch erhoben und diesen auf das Ergebnis von ihr veranstalteter Erhebungen gestützt. Der Göttinger Antrag ist ersichtlich dem vermeintlichen Interesse des Kleinhandels entsprungen, der sich, wie durch Waarenhäuser und Spezialgeschäfte, so auch durch Konsumvereine geschädigt fühlt. Die Handelskammer zu Lüdenscheid hat nun gefunden, daß der Kleinhandel ganz besonders unter dem Mangel an Sachkenntnis bei den Inhabern der Geschäfte leide. Sie schreibt: „Wir stellen fest, daß noch nicht 10 pCt. der letzteren eine kaufmännische Vorbildung haben. Beim Waareneinkauf, bei der Kalkulation der Verkaufspreise und ganz besonders bei der Kreditgewährung an die Kundschaft hat sich dieser Mangel geradezu in verhängender Weise geltend gemacht. Die ohne Sachkenntnis eingerichteten und geführten Läden gingen bald zu Grunde oder mußten „übertragen“ werden, während die kaufmännisch geleiteten Geschäfte seit vielen Jahren in festen Händen geblieben sind. Bei keiner Kategorie von Gewerbetreibenden wechseln die Namen in den Steuerlisten in solchem Grade, wie dies bei den kleineren Spezialeinzelhändlern der Fall ist.“ Nach Lage der Sache kann man der Eingabe der Lüdenscheider Handelskammer nur beipflichten; sie trifft durchgehend das Richtige.

Der erste deutsche Abstinenztag wurde am Sonntagabend in Berlin in Kellers Festsaal in Anwesenheit von etwa 1500 Personen eröffnet. Professor Dr. Forel, Zürich sprach über „Alkohol und Seelenleben.“ Er erörterte die Funktionen des Gehirns und die Wirkungen des Alkohols auf diese und warnte dann davor, sich auf chemisch-physiologische Details einzulassen. Für die soziale Alkoholfrage genüge es zu wissen: Das der genossene Alkohol, der individuelle und soziale Vergiftungs-Ergebnisse hervorruft, völig ent-

„Erpressungsmethoden“ amerikanischer Gewerkschaften!

Unter diesem Stichwort ging dieser Tage eine Mittheilung durch die bürgerliche Presse, zufolge welcher sich die Führer der amerikanischen Gewerkschaften große Uebergriffe hätten zu Schulden kommen lassen.

Diese Geschichten trugen den Stempel der Erfindung an der Stirn, denn der smarte Yankee-Unternehmer versteht seine Taschen ebensogut zuzuhalten, wie sein deutscher „Bruder in Christo“.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Differenzen der Metallarbeiter bei der Firma Grimme, Natalis u. Ko. in Braunschweig wurden gütlich beigelegt.

Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

88 Fortsetzung.

Jeremias wurde dadurch immer unsicherer und zuletzt ganz fest überzeugt, daß er hier auf einer vollkommen falschen Fährte herumsuche, denn Gaudor selber — was er früher von ihm gesehen — hatte sich immer sehr anständig benommen, und seine junge Frau, die liebenswürdige Comtesse Paula, hätte ja alle Herzen im Sturm erobern müssen.

baren Vertrag nach 14wöchentlicher Dauer für beendet erklärt. — Aussperrung wegen Verweigerung von Streikarbeit für Edele Fabrik Lang in Mannheim bekamen die Schmiede des Stahlwerks Rheinau zu kosten.

Wie muß ein Arbeiterauschuß aussehen? Eine große Arbeiterversammlung, die von rund 4000 Arbeitern und Arbeiterinnen der Siemens-Schuckertwerke Siemens u. Halske in Berlin besucht war, fand am Sonntag im Riesensaal der „Neuen Welt“ statt.

Der dritte schwedische Gewerkschafts-Kongreß fand vom 3. bis 6. August im Stockholmer Volkshaus statt; anwesend waren 159 Delegirte, die 38 988 Mitglieder vertraten.

der dortigen Landesorganisation erschienen. Aus dem Bericht, den der Vorsitzende des Landessekretariats, S. Lindquist, erstattete, ist zu ersehen, daß die Landesorganisation seit dem vorigen Kongreß im Jahre 1900, große Kämpfe zu bestehen hatte, die jedoch nur zu ihrer inneren Festigkeit beigetragen haben.

Die Macht der Organisation. Der „Oesterreichischen Hotel- und Restaurant-Revue“ in Wien schreibt man aus Buenos-Aires: Der Streik der Köche, Kellner, Hotelbediensteten etc. ist jetzt das Neueste auf diesem Gebiet.

erstaut zu betrachten schien. „Ja, wo zum Teufel kommen Sie denn her?“ Jeremias würde das ausdruckslose Gesicht im Leben nicht wieder erkannt haben, wäre er nicht durch das unmäßige Schreien des Mannes an die Persönlichkeit erinnert worden.

„oder wenn Sie einen Platz wissen, wo vorzüglicher Wein zu haben ist — denn das hiesige Bier soll der Teufel holen, wann er Lust hat —, so führen Sie mich, daß wir ein halbes Stündchen mit einander plaudern können.“

